

Nach vielen Worten zum „8. Mai“: Was bleibt zu tun?

Die Demokratie verwirklichen

Nur das wird Frieden und Menschlichkeit sichern

In diesen Tagen erreichte die öffentliche Beachtung des 40. Jahrestages der militärischen Kapitulation des III. Reiches ihren Höhepunkt. Hat uns dieses Gedenken zu **tieferen** Einsichten geführt?

War nicht erneut allenthalben fast nur zu hören, wir hätten - im großen und ganzen - schon alle wesentlichen Lehren aus der Verirrung in die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gezogen?

Zumindest wir, im Bündnis des „freien Westens“, so tönt es ja seit langem, seien auf dem richtigen Weg - dem Weg der rechtsstaatlichen Demokratie. Diese hätten wir heute mit „unseren Freunden“ zu verteidigen gegen „die kommunistische Gefahr“, die leider noch immer ausgehe von jener Sowjetunion, die zwar im Kampf gegen Hitler-Deutschland auch einen hohen Blutzoll habe entrichten müssen, aber selbst als ein totalitärer Staat die Freiheit des Individuums mißachte, die Menschenrechte mit Füßen trete und noch immer nach Weltherrschaft strebe.

Haben wir Deutschen, indem wir so denken und fühlen, aus den zurückliegenden Ereignissen schon die **richtigen** Erkenntnisse gewonnen und die **hinreichenden** politischen Konsequenzen gezogen?

Undenkbar. **Dies war der Eckstein, auf dem das Regime errichtet werden konnte: Daß die Staatsgewalt gerade auch in ihrem Herzstück, der gesetzgebenden Kompetenz, an eine kleine Personengruppe übertragen war. Erst an den Reichstag, von diesem schließlich an den Führer.**

Die Weimarer Republik: Vieles trug im einzelnen zu ihrem Untergang bei. Aber der entscheidende Punkt war der, daß man jenes rettende Instrument, das damals die Verfassung sogar anbot, nicht ergriff: **Das Instrument der unmittelbaren Gesetzgebung durch das Volk.**

Wie unvollkommen es auch ausgebildet sein mochte: Wenn wenigstens eine Minderheit bewußter Demokraten erkannt und die Initiativkraft aufgebracht hätte, unabhängig vom Getriebe der Parteien sich auf dem Weg des **Volksbegehrens zum Volksentscheid** mit vernünftigen Ideen in die politischen Entwicklungen einzuschalten, also **die Volkssouveränität dem Machtwillen und der Machtbesessenheit von Minderheiten konkret entgegenzustellen**: Hitler wäre zu verhindern gewesen. Denn nie, bevor ihn der Reichstag in den Sattel hob, hatte er für sein Programm mehr als ein gutes Drittel der Wähler gewonnen.

Der Parteienkampf und der Parlamentarismus erst, deren Wesen es ist, den Menschen die politischen Entscheidungen abzunehmen, haben den Führer-Staat in entscheidender Hinsicht ermöglicht (und seinen Helfershelfern aus Wirtschaft und Finanzwelt den Erfolg gesichert).

Auch die engagierten Demokraten der Weimarer Republik waren im wesentlichen auf den Parlamentarismus, den Parteienstaat und die ideologischen Strömungen fixiert. So kam schließlich - als die wirtschaftliche Lage für Millionen immer miserabler wurde - der Umschwung in die Diktatur, ohne daß ein entschlossener **direkt-demokratischer** Widerstand sich geregt hätte. Damit war es, wie wir wissen, für die Umkehr zu spät.

Welche wichtigste Konsequenz hätten wir nach 1945 aus diesem Versagen ziehen müssen?

In **geistig-moralischer** Hinsicht hätten wir die bedrückende Vergangenheit nicht verdrängen, sondern gründlich und rückhaltlos aufarbeiten müssen. Was hierfür bisher geschah, ist noch sehr unbefriedigend. Da diese Aufgabe aber eine geistig-moralische ist, kann sie letztlich nur aus individueller Verantwortung von jedem Einzelnen ergriffen werden.

Was in **politischer Hinsicht** die entscheiden-

de Einsicht hätte werden müssen, ist dies: **Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit werden dem Volk niemals von oben geschenkt. Diese Ideale, für die es auch in der deutschen Geschichte lebendige Wurzeln gibt, werden nur verwirklicht sein und bleiben, wenn sie getragen und geschützt sind durch eine Demokratie, die diesen Namen verdient. Das heißt eine solche Demokratie, in der das Volk immer dann, wenn es dies aus seiner Initiative für notwendig hält, das Recht ergreift, politische Entscheidungen selbst zu treffen.**

Der österreichische Dichter Franz Grillparzer hat im 19. Jahrhundert mit seinem Wort: „Von der Humanität über die Nationalität zur Bestialität“ den Irrweg Mitteleuropas vorausbeschrieben. Die Alternative war nicht unbekannt. Friedrich Schiller sah unsere Aufgabe so: „Deutsche“, mahnte er, „zur Nation euch zu bilden, ihr sucht es vergebens. Bildet, ihr könnt es, um so reiner zum Menschen euch aus.“ Es sei „nicht des Deutschen Größe, obzusiegen mit dem Schwert. In das Geisterreich zu dringen, Vorurteile zu besiegen, männlich mit dem Wahn zu kriegem“, das sei seines „Eifers wert“.

Dazu konträre Ideen setzten sich durch: Nationalstaat, Wirtschaftsmacht, Militarismus - „die Exstirpation des deutschen Geistes zugunsten des deutschen Reiches“, wie Nietzsche es nannte.

Es ist schon oft und oft gefragt worden, wie es möglich war, daß ein von der ganzen Welt geschätztes Kulturvolk wie das deutsche, in dessen geistigen Schöpfungen sich die Idee der Menschheit als einer großen Bruderschaft - zum Beispiel in Schillers „Hymne an die Freude“ und Beethovens IX. Symphonie - auf höchstem Gipfel offenbarte, in einen derartigen Abgrund von Inhumanität stürzen konnte, wie er sich schließlich im SS-Staat manifestierte.

Niemals in der Geschichte hat ein Volk durch einen solchen unmittelbar-demokratischen Beschluß sich selbst dazu verdammt, Krieg zu führen, unterdrückt zu werden, in ungerechten Verhältnissen zu leben. Das haben immer nur Regierende verfügt, die entweder absolute Herrscher, Diktatoren oder gewählte Repräsentanten waren.

Die Deutschen haben, wie kein anderes euro-

päisches Volk, am eigenen Schicksal erfahren, was geschehen kann, wenn die gesetzgebende Gewalt ohne den Vorbehalt, sie durch das Volk jederzeit auch unmittelbar ausüben zu können, an sog. Volksvertreter übertragen wird: Eine Kulturnation stürzte in den Abgrund der Barbarei.

Auch heute gibt es in unserem Land vieles, was in Lebensfragen der Nation von der Mehrheit der Bevölkerung anders beurteilt und gewollt wird als die Parteienmehrheit im Parlament und die Regierenden es beschließen. Viele engagierte Demokraten, die ihre Verantwortung in der Demokratie ernst nehmen, wollen politisch handeln - können aber nicht, weil in unserem Staat die echte Möglichkeit, den Volkswillen zum Tragen zu bringen, nicht besteht.

So haben wir aus dem entscheidenden Vorgang des Jahres 1933, der schließlich das verwüstete Europa von 1945 zur Folge hatte, auch politisch bisher noch nicht die richtige Konsequenz gezogen.

Was uns hieran maßgeblich gehindert hat, war die schon Ende der vierziger Jahre hochgespielte Legende, das Instrument der Volksgesetzgebung sei in der Weimarer Zeit „mißbraucht“ worden und habe zu Hitlers Machtergreifung beigetragen. Aber wie soll denn die Volksgesetzgebung, die doch gerade die Staatsgewalt **nicht** an Politiker delegiert, sondern **direkt ausübt**, das Gegenteil ihres Prinzips befördern?

Nein - die Weimarer Republik scheiterte, weil die Menschen damals **zu wenig direkt-demokratisch** aktiv waren, noch ungebrochen den Parteien, deren Führern und Programmen vertrauten und auch dann nicht versuchten, die **Notbremse** zu ziehen, als deutlich war, daß die Reise ins Verderben führen würde. Nicht „Mißbrauch“ lag vor, sondern Versäumnis.

Und heute? Auch heute sind wir ohnmächtig dem ausgeliefert, was die Parteien und die Regierenden beschließen. Selbst wenn wir aus demokratischem Verantwortungsbewußtsein unser Veto einlegen wollen oder eine andere Politik als die der Parlamentsmehrheit für nötig halten: Das ‚Volk als Ganzes‘ ist zum Schweigen verdammt.

Um diesen einer **mündigen Demokratie** unwürdigen Zustand zu überwinden, haben sich engagierte Demokraten zur „Aktion Volksentscheid“ verbunden. Sie haben zur Ermögli-

chung der Volksgesetzgebung einen Gesetzentwurf ausgearbeitet und dem Deutschen Bundestag mit der Aufforderung zugeleitet, das Anliegen nach gründlicher Beratung zu beschließen. Je mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger diese Initiative durch ihre Unterschrift und weitergehende aktive Hilfe unterstützen, um so wahrscheinlicher wird ihr Erfolg.

Es gibt auf diese Frage eine Fülle von Antworten, von denen gewiß viele auf wesentliche Gründe hinweisen. Wir wollen im Nachklang der Erinnerung an das Ende des II. Weltkriegs eine bestimmte Antwort hinzufügen, die viel zu selten in ihrer zentralen Bedeutung gesehen wird und bezeichnenderweise auch in keiner der vielen Gedenkreden auch nur Erwähnung fand:

Wäre, was zwischen 1933 und 1945 geschah, denkbar gewesen, wenn die Entscheidungen zu diesen Untaten nicht von einem Führer und seinen Gefolgsleuten, sondern in sozusagen namentlicher Abstimmung von den Bürgern selbst - also demokratisch - zu treffen gewesen wären?

Hätte die Mehrheit der Deutschen das beschlossen: Das Ermächtigungsgesetz? Die Rassengesetze? Die Judenvernichtung? Den Krieg? Kann man sich vorstellen, es wäre alles das, was nach 1933 eine kleine Machtgruppe bestimmte, **aufgrund ausführlicher Diskussionen über das Für und Wider solcher Ziele** auch von der **Mehrheit** der Deutschen so **beschlossen** worden - wie diese Mehrheit es dann freilich **zuließ** und sogar **mitmachte**, nachdem der Machtapparat es befohlen hatte?

Wenn gerade in der letzten Zeit, die gekennzeichnet ist von einer Steigerung der Rüstungen wie nie zuvor, immer wieder der Satz ertönte, von deutschem Boden müsse Frieden ausgehen, dann hören wir aus unseren geschichtlichen Erfahrungen solche Worte aus dem Mund von **Regierenden** mit großer Skepsis, solange es wie eh und je ausschließlich in der Hand dieser Regierenden liegt, die Art der Friedenspolitik und sogar den eventuellen Kriegsfall zu bestimmen.

Es ist wahr: **Von Deutschland müssen Friedensimpulse ausgehen. Friedensimpulse im umfassenden Sinn. Also Impulse und Ideen, die einen Weg zeigen, wie der große Gegen-**

satz, der in heutiger Zeit das Überleben der Menschheit bedroht, der Gegensatz zwischen West und Ost, zwischen Kapitalismus und Kommunismus überwunden und eine gemeinsame Zukunft in geistiger Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erreicht werden kann.

Solche Ideen und Impulse leben heute im Bewußtsein vieler Deutschen, besonders der Jugend. Sie sollten viel stärker als bisher die Möglichkeit haben, auch unabhängig von den Parteien ans Tageslicht zu treten und politisch Gestalt anzunehmen, wenn die Bevölkerung es will.

Der wirkliche Garant dafür, daß es in Mitteleuropa niemals mehr zu kriegerischen Absichten oder gar Taten kommt, sondern der Wille zur Versöhnung, friedlichen Zusammenarbeit, gegenseitigen Hilfe und Toleranz nach allen Seiten ausstrahlt, ist diejenige Demokratie, die dem Volk einräumt, selbst über die Lebensfragen der Nation zu entscheiden.

Das ist für uns die Lehre aus jenem Irrweg, der im Mai'45 zwar sein militärisches Ende fand, aber politisch erst dann restlos überwunden ist, wenn das demokratische Prinzip im Leben unseres Volkes sich voll entfaltet. Dazu wollen wir mit unserer Initiative einen wie wir meinen notwendigen Beitrag leisten und hoffen auf Unterstützung von vielen.



Seit Mitte der siebziger Jahre bestätigen Repräsentativumfragen, daß mehr als zwei Drittel der wahlberechtigten Bürger der Bundesrepublik positiv über Volksbegehren und Volksentscheid denken. Viele Tausende haben bereits ihre Zustimmung zur AKTION VOLKSENTSCHEID erklärt - Unbekannte wie Prominente (auch ein Ministerpräsident eines Bundeslandes ist darunter). Aus Platzgründen verzichten wir, Namen zu nennen. **Die Initiative ist - der Natur ihres Zieles nach - überparteilich** (also weder „rechts“ noch „links“). **Sie bewertet die Demokratie - also das Recht des Volkes, über seine öffentlichen Angelegenheiten selbst bestimmen zu können - höher als Parteiinteressen, - so verständlich solche auch sein mögen.**

Für den Initiativkreis: Michael Bader, Joseph Beuys, William Borm, Günter Gehrman, Gerald Hafner, Bertold Hasen-Müller, Wilfried Heidt, Hugo Lüders, Peter Schata, Heinrich Schirmbeck, Johannes Stüttgen, Rhea Thönges.